

Offener Brief an Carsten Linnemann: Kritik an seiner Forderung nach einem Register psychisch auffälliger Menschen

Sehr geehrter Herr Carsten Linnemann,

mit großer Besorgnis nehmen wir, die **Selbsthilfe Psychiatrie-Erfahrener Rheinland-Pfalz e.V.**, die Äußerungen des CDU-Generalsekretärs Carsten Linnemann zur Kenntnis, der im Kontext des tragischen Attentats von Magdeburg die Einführung eines Registers für psychisch auffällige Gefährder fordert. Die von Herrn Linnemann gewählte Rhetorik, insbesondere die Bezeichnung „für diese Typen haben wir keine Raster“, zeugt von einer stigmatisierenden und pauschalisierenden Haltung gegenüber Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen.

1. Stigmatisierung durch Pauschalisierung

Herr Linnemann's Forderung nach einem „Register für psychisch auffällige Menschen“ reproduziert alte, vielfach widerlegte Stereotype, die psychisch erkrankte Menschen pauschal mit Gefährdung oder Gewaltbereitschaft gleichsetzen. Solche Aussagen tragen dazu bei, jahrzehntelange Bemühungen um Aufklärung und den Abbau von Vorurteilen zu untergraben. Menschen mit psychischen Erkrankungen sind in der großen Mehrheit keine Gefährder, sondern gehören zu den vulnerabelsten Gruppen unserer Gesellschaft, die Schutz und Unterstützung verdienen.

2. Versagen der Behörden statt Schuld bei Betroffenen suchen

Es ist ein altbekanntes Muster: Statt eigenes behördliches Versagen zu reflektieren, wird mit Fingerzeig auf vermeintlich neue Sündenböcke gezeigt. Zahlreiche Hinweise auf den mutmaßlichen Täter von Magdeburg lagen laut Medienberichten bereits vor. Die Frage, warum diese nicht angemessen bearbeitet wurden, bleibt unbeantwortet. Stattdessen wird mit pauschalen Forderungen der Fokus auf psychisch Erkrankte gelenkt, wodurch deren gesellschaftliche Diskriminierung weiter verstärkt wird.

3. Gefährliche Parallelen zur Vergangenheit

Die vorgeschlagenen Maßnahmen erinnern in fataler Weise an die 1930er Jahre, als unter dem Deckmantel der „Gefahrenabwehr“ und „Volksgesundheit“ Stigmatisierung und Verfolgung psychisch erkrankter Menschen ihren traurigen Höhepunkt fanden. Ein Register für „psychisch Kranke“ würde ein Klima des Misstrauens und der Angst schaffen, das einer demokratischen und inklusiven Gesellschaft unwürdig ist.

4. Gefährdung der therapeutischen Beziehung

Die Forderung nach einem Austausch zwischen Sicherheitsbehörden und Psychotherapeut:innen stellt eine massive Gefährdung der Vertraulichkeit und der therapeutischen Beziehung dar. Gerade in der Psychotherapie ist Vertrauen der Grundpfeiler für Heilung und Stabilisierung. Eine Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden würde dazu führen, dass Betroffene notwendige Behandlungen aus Angst vor einer Stigmatisierung oder gar Repression meiden.

5. Konstruktive Ansätze statt populistischer Polemik

Wir fordern eine sachliche Diskussion, die sich auf Fakten stützt und nicht auf populistische Polemik. Studien zeigen, dass die meisten Täter:innen von Gewalttaten keine diagnostizierten psychischen Erkrankungen haben. Statt neue Register zu schaffen, sollten bestehende Strukturen wie die Zusammenarbeit zwischen Gesundheits- und Sozialwesen verbessert werden, um Menschen rechtzeitig zu helfen und Gewalt effektiv vorzubeugen.

6. Appell an die Politik

Wir rufen alle politischen Entscheidungsträger:innen, insbesondere Herrn Linnemann, dazu auf, verantwortungsvoll mit ihren Aussagen umzugehen. Stigmatisierende Äußerungen und pauschale Forderungen fördern keine Sicherheit, sondern verstärken die Isolation und Diskriminierung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen.

Herr Linnemann, Ihre unkritischen Äußerungen tragen zur Spaltung des Landes bei und schaffen ein Klima, in dem rechtsextreme Positionen an Einfluss gewinnen. Das Risiko, dass Unschuldige Opfer von Hetze und Gewalt werden, ist real.

Ich fordere Sie auf, entweder für eine Versächlichung der politischen Debatte einzutreten oder konkrete Gesetzesänderungen vorzuschlagen, die soziale Medien stärker regulieren und deren rechtliche Verantwortung klären.

Die Selbsthilfe Psychiatrie-Erfahrener Rheinland-Pfalz e.V. wird weiterhin gegen Stigmatisierung und für eine Gesellschaft eintreten, die psychisch beeinträchtigte Menschen als gleichberechtigte und würdevolle Mitglieder anerkennt.

Robert Jacobs (1. Vorsitzender) am 1. Januar 2025